

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD

Stärkung der Luft- und Raumfahrtindustrie im Land Bremen

In Bremen zählt die Luft- und Raumfahrtindustrie zu einem der Wirtschaftsschwerpunkte des Landes. Rund 4.500 Beschäftigte arbeiten im Kernbereich der Luft- und Raumfahrt in Bremen.

Bremen ist nicht nur als europäisches Raumfahrtzentrum bekannt, sondern auch Deutschlands zweitgrößter Standort des zivilen Flugzeugbaus. Die herausragende Bedeutung für das Land Bremen basiert vor allem auf dem sehr hohen Forschungs- und Entwicklungs(FuE)-Wertschöpfungsanteil sowie dem inzwischen weltweiten Aktivitätsradius dieser Branche. So arbeiten mittlerweile etwa 40 % der Beschäftigten dieser Branche im hoch qualifizierten FuE-Bereich.

Damit trägt dieser Wirtschaftszweig maßgeblich zur Entwicklung Bremens als Hochtechnologie-Standort bei.

Zur Sicherung und Stärkung der bremischen Luft- und Raumfahrtindustrie trägt der Senat in großem Ausmaß bei. Dabei geht es vornehmlich um die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der in Bremen angesiedelten Unternehmen durch die nachhaltige finanzielle Unterstützung in deren Bemühungen, die Produktionssortimente zu erweitern und Prozessinnovationen voranzutreiben.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene für die Stärkung der deutschen Raumfahrtstandorte einzusetzen und die Sicherstellung der deutschen Präsenz in wichtigen europäischen Gremien durch die Erhöhung des Anteils deutscher Mitarbeiter innerhalb der ESA und der EU zu gewährleisten.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die nationalen Raumfahrtprogramme und der im Weißbuch von der EU-Kommission zugrunde gelegte Weltraum-Aktionsplan aufeinander abgestimmt werden.
3. Der Senat wird gebeten, durch die Verstärkung bereits bestehender Netzwerkstrukturen sich für die Steigerung der Leistungsfähigkeit der bremischen Zulieferunternehmen einzusetzen.
4. Der Senat wird aufgefordert, bis Herbst 2005 eine Evaluierung der im Zwei-Städte-Staat vorhandenen Aktivitäten im Raumfahrtsektor vorzulegen, wonach in enger Abstimmung mit der EU das vorhandene Know-how gestärkt und neue Tätigkeitsfelder, insbesondere im Forschungsbereich, erschlossen werden sollen.

Sibylle Winther, Jörg Kastendiek und Fraktion der CDU

Max Liess, Jens Böhrnsen und Fraktion der SPD